

Beatrix von Storch

- (A) tirsinn wird also am Ende nicht durch die CDU verhindert, sondern durch die noch größere staatliche Inkompetenz.

(Beifall bei der AfD)

Es gab in Deutschland mal eine Zeit, da war es möglich, eine Familie mit einem Einkommen zu ernähren.

(Erik von Malottki [SPD]: Das wollen die Frauen gar nicht! Die Frauen wollen arbeiten!)

Es gab richtige Reallohnzuwächse, es gab ausreichend Wohnraum, und es gab erschwingliche Mieten. Da waren Lebensmittel günstig, und Familien konnten sich ein Auto, Urlaub oder gar ein Eigenheim leisten. Das Schlüsselwort damals war: Wahlfreiheit. Frauen sollten frei entscheiden können, ob sie in den ersten Lebensjahren ihres Kindes dieses selbst betreuen wollten oder ob sie arbeiten wollten und einen Kitaplatz dazu benötigten.

(Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als ob sie das jemals konnten!)

Diese Wahlfreiheit gibt es heute nicht mehr.

(Beifall bei der AfD – Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Männer hätten sich übrigens auch entscheiden können!)

Den Familien steht das Wasser finanziell bis zum Hals. Das ist das Ergebnis Ihres ökosozialistischen Wahns. Deutschland liegt in der OECD an der Spitze mit Steuern, Abgaben und Energiekosten. Der Kampf um Wohnraum ist zur Überlebensfrage geworden; Lebensmittelpreise steigen um 20 Prozent und mehr. Cem Özdemir und die EU wollen Lebensmittel noch mehr verteuern. Fleisch wird unbezahlbar. Wir sollen jetzt Insekten essen. Auto und Urlaub sind Luxus. Das ist den grünen besserverdienenden Elektroautofahrern natürlich recht. Dann haben sie mehr Platz auf der Straße und am Strand.

(B)

(Nina Stahr [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen nicht immer von sich auf andere schließen!)

Das Eigenheim wird unerschwinglich. Gasheizungen und Ölheizungen sollen verboten werden. Jetzt kommt der Sanierungszwang. Wenn die FDP das im Ministerrat nicht verhindert, dann sind Sie endgültig raus aus den Parlamenten und müssen sich keine Sorgen mehr machen, neben uns sitzen zu müssen.

(Beifall bei der AfD)

Die Familien stecken im Hamsterrad aus stagnierenden Reallöhnen und explodierenden Kosten. Die Mutter bei Aldi an der Kasse braucht den Kitaplatz nicht, um sich selbst zu verwirklichen, sondern, weil sie arbeiten muss, weil sie das Geld braucht. Sie braucht keine Quote, keine Gleichstellungsbeauftragte und keine feministische Außenpolitik, sondern Wohnraum, Strom und Lebensmittel, die bezahlbar sind. Dann gibt es Wahlfreiheit, und für die Wahlfreiheit in diesem Land steht ausschließlich die AfD.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

Matthias Seestern-Pauly hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Matthias Seestern-Pauly (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über die notwendige Fristverlängerung bei der Finanzierung zum Ausbau der Kindertagesbetreuung. Für uns Freie Demokraten steht dabei fest: Wir wollen Chancengerechtigkeit für alle Kinder herstellen. Dafür benötigen wir Investitionen; denn Investitionen in die frühkindliche Bildung sind Investitionen in unser aller Zukunft.

Seit 2008 gibt es Programme des Bundes, welche den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zum Schuleintritt unterstützen. Die Maßnahmen zum fünften Investitionsprogramm wurden 2019 für die Jahre 2020 bis 2021 verabschiedet und 2021 bereits um ein Jahr verlängert. Mit der erneuten Verlängerung um ein halbes Jahr wollen wir den Kommunen in zeitlicher Hinsicht abermals entgegenkommen. Wir wissen, dass sich einige eine Verlängerung um ein Jahr gewünscht hätten. Dies ist aber – das ist zum Teil auch schon ausgeführt worden – nicht möglich, ohne die Finanzmittel in Gänze zu riskieren. Das liegt daran, dass die Gelder aus dem Deutschen Aufbau- und Resilienzplan und somit aus einem Ausgabeinstrument der EU stammen und an klare Fristen gebunden sind.

(D)

Ich möchte hier an dieser Stelle darauf erneut eingehen, weil das von der Union gerade noch mal anders dargestellt wurde. Wir haben es vom Kollegen Edelhäuser gehört. Der Fehler in dieser Annahme besteht darin, dass Sie darstellen, die Berichte müssten erst zum Ende des Jahres 2026 abgegeben werden. Das ist aber nicht richtig; sie müssen bis dahin abschließend geprüft sein. Wir haben halt in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass Berichte der Länder zu spät gekommen sind. Und ja – da gebe ich Ihnen recht –, es ist zum Teil ein relativ großer Zeitraum bis dahin. Der Punkt ist nur, dass diese Bundesregierung leider ein Land übernommen hat, das in seinem Verwaltungswesen nicht vollständig digitalisiert wurde. Wenn das so wäre, könnte man sicherlich die Fristen an der einen oder anderen Stelle anders setzen; aber wir sind noch nicht so weit.

(Zuruf der Abg. Anja Karliczek [CDU/CSU])

Wir arbeiten daran, aber wir sind noch nicht so weit, und wir wollen an dieser Stelle die 500 Millionen Euro seitens der EU nicht riskieren, weil sie uns an anderer Stelle fehlen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch schon angesprochen wurde, dass wir nicht nur in Beton investieren wollen, sondern dass es ebenso wichtig ist, dass wir die Qualität weiter stärken. Das haben wir im letzten Jahr bereits getan, indem wir das KiTa-Qualitätsgesetz ver-

Matthias Seestern-Pauly

- (A) abschiedet haben. Umso wichtiger ist, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die Länder die Möglichkeit haben, den Fachkräftemangel, den ich als eines der gravierendsten Probleme sehe, entschieden anzugehen. Ich appelliere an dieser Stelle auch, dass die Länder dies dringend tun; denn die besten gebauten Kitas sind nichts,

(Zuruf des Abg. Martin Reichardt [AfD])

wenn uns die Fachkräfte in den Einrichtungen fehlen, um die jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürger qualifiziert zu unterstützen und zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Heute leisten wir erst einmal einen kleinen Beitrag, dass wir die Frist verlängern können. Es ist ein kleiner, aber sinnvoller Beitrag.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Heidi Reichinnek hat jetzt das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Heidi Reichinnek (DIE LINKE):

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal diskutieren wir über eine Fristverlängerung für Infrastrukturprojekte in der Kinderbetreuung, und natürlich stimmen wir zu. Niemand will, dass der Ausbau von Kitaplätzen durch weitere bürokratische Hürden zusätzlich stockt. Aber die Verlängerung zugunsten eines Projektes um ein halbes Jahr bringt uns im Angesicht der Probleme, vor denen wir stehen, kaum weiter.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Problem eins, der Platzausbau: Die Fristverlängerung heute ermöglicht nur, bereits genehmigte Projekte zu beenden. Das ist wirklich auch einfach das Mindeste, was man machen kann. Dafür muss man sich nicht ständig auf die Schulter klopfen.

Es gibt weiter keinen Fördertopf für neue Investitionen, und das bei fast 400 000 fehlenden Kitaplätzen. Sie von der Ampel kennen die Situation. Deswegen haben Sie auch in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben, dass Sie ein neues Investitionsprogramm auflegen wollen. Auf meine Frage, wann dieses angekündigte Programm denn kommt, erhielt ich die Antwort aus dem Ministerium, dass man laut Koalitionsvertrag ein solches Programm auflegen möchte. – Na, vielen Dank für die Antwort! Die Frage war: Wann?

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das scheinen Sie auch noch nicht so ganz zu wissen. Sie haben außerdem in dieser Antwort mitgeteilt, dass dieses Programm dann den haushalterischen Möglichkeiten – also übersetzt: dem Gutdünken Christian Lindners –

unterliegen wird. Da Kinder in der Regel kein sechsstelliges Jahreseinkommen haben und somit für Ihren Finanzminister total irrelevant sind, ahne ich da nichts Gutes. Deswegen: Legen Sie endlich ein umfassendes Investitionsprogramm auf!

(Beifall bei der LINKEN)

Problem zwei – es wurde schon angesprochen –, der Fachkräftemangel: Vor Kurzem hat sich das Ministerium in einer Debatte hier selbst gelobt und die 2 500 Erzieher/-innen angeführt, die vor Kurzem durch ein Bundesprojekt ihre Ausbildung beendet haben – ein Projekt der GroKo, wohlgemerkt. Der geschätzte Kollege Seestern-Pauly nannte dieses Projekt vor zweieinhalb Jahren – damals noch in der Opposition – nicht mal einen kleinen Tropfen auf einem heißen Stein, womit er ausnahmsweise mal recht hatte.

(Matthias Seestern-Pauly [FDP]: Ich habe fast immer recht!)

Tatsächlich fehlen je nach Rechnung rund 200 000 bis 300 000 Fachkräfte. Der Bund muss also endlich gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Gewerkschaften und Verbänden Lösungen entwickeln, wie es der Kollege Malottki auch schon gesagt hat. Berufen Sie endlich einen Kitagipfel ein und machen Sie das zu Ihrer Priorität!

(Beifall bei der LINKEN)

Damit zu Problem drei. Woran krankt das ganze System? An der Finanzierungslücke im Kitasystem. Mit den knapp 2 Milliarden Euro pro Jahr im Rahmen des KiTa-Qualitätsgesetzes habe der Bund seine Schuldigkeit getan, heißt es; es sei ja Ländersache. Ich weiß, ich höre es jedes Mal wieder. Addiert man zu diesem Betrag noch weitere Bundesunterstützung und Programme, kommen wir, wohlwollend gerundet, auf 3 Milliarden Euro vom Bund. Das klingt erst mal ganz nett; aber seit Jahren hat sich dieser Betrag nicht erhöht, sehr wohl erhöhten sich aber die Kosten für die Kinderbetreuung. Sie sind von 13 Milliarden im Jahr 2008 auf aktuell fast 50 Milliarden gestiegen.

Also noch mal: von 13 Milliarden im Jahr 2008 auf 50 Milliarden; 3 Milliarden vom Bund. Sie merken das, nicht? Dazwischen ist so eine Diskrepanz. Ich mache das jetzt mal so deutlich, weil es bei Ihnen irgendwie nicht richtig anzukommen scheint. Beim nächsten Mal male ich es Ihnen auf. Keine Sorge, wir kriegen das noch in die Köpfe rein: Die Kosten steigen sehr, der Anteil des Bundes steigt nicht. Erhöhen Sie endlich Ihre Unterstützung für die Länder und Kommunen!

(Beifall bei der LINKEN)

Aber stattdessen lassen Sie lieber Länder, Kommunen, Träger und ganz besonders die Erzieher/-innen, die Kinder und die Eltern komplett im Stich. Die müssen das am Ende nämlich ausbaden. Sie kennen die Probleme seit Jahren. Also, gehen Sie zu Ihrem Finanzminister, und erklären Sie ihm bitte, dass man an frühkindlicher Bildung nicht spart. Dass Deutschland das Geld dafür nicht hat, ist schlicht gelogen. Es ist ganz einfach eine Frage des Willens. Aber den haben Sie offenbar nicht.

Vielen Dank.